



An die Vorsitzenden der hessischen Jagdvereine

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Vorsitzende der hessischen Jagdvereine,

anbei erhalten Sie die Pressemitteilung des DJV zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD.

Koalitionsvertrag sieht Änderungen im Bundesjagdgesetz vor

Der DJV begrüßt die vorgesehenen Änderungen des Bundesjagdgesetzes hinsichtlich Munition, Schießübungsnachweis und Jungjägerausbildung. Auch die Ankündigung, den Schutzstatus des Wolfes zu überprüfen, stößt auf Zustimmung.

Die Parteien CDU, CSU und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Der Deutsche Jagdverband (DJV) begrüßt, dass die künftige Bundesregierung die in der vergangenen Legislaturperiode gescheiterte Novellierung des Bundesjagdgesetzes nun doch vornehmen möchte. Geplant sind bundeseinheitliche Regelungen für Jagdmunition mit dem Ziel, die Tötungswirkung zu optimieren und gleichzeitig den Bleieintrag ins Wildbret zu minimieren. Zudem soll es einen deutschlandweit einheitlichen Schießübungsnachweis geben, ebenso eine einheitliche Jäger- und Falknerausbildung sowie -prüfung. „Wir haben in den vergangenen Jahren einen wissenschaftlichen Weg unterstützt und begrüßen es sehr, dass die Politik unseren Empfehlungen nun folgen wird“, sagte DJV-Präsident Hartwig Fischer.

Wolf: Ängste und Sorgen ernst nehmen

Positiv beurteilt der DJV, dass der Schutzstatus des Wolfes überprüft werden soll, um „eine notwendige Bestandsreduktion herbeiführen zu können“. Zudem soll ein Kriterien- und Maßnahmenkatalog zur Entnahme von Wölfen entwickelt werden. Hartwig Fischer: „Die Politik nimmt damit die berechtigten Ängste und Sorgen der vom Wolf betroffenen ländlichen Bevölkerung ernst!“ Der DJV hatte im vergangenen Jahr immer wieder auf die zunehmenden Konflikte mit Wölfen hingewiesen und praktikable Lösungen im Umgang mit verhaltensauffälligen Tieren angemahnt. Im

Gegensatz zum Bundesamt für Naturschutz sind für den Dachverband der Jäger Wölfe verhaltensauffällig, wenn sie mehrfach in Siedlungsnähe auftauchen oder sogar nachts hindurchgehen. Eine natürliche Scheu vor dem Menschen besitzt der Wolf nicht. Situationen wie in Cuxhaven, wo Wölfe sich zwischenzeitlich auf ausgewachsene Rinder spezialisiert und die ersten Deichschafe getötet haben, müssen künftig von Beginn an unterbunden werden. Den aktuellen Wolfsbestand schätzt der DJV auf rund 800 Tiere in Deutschland, die Fortpflanzungsrate liegt bei über 30 Prozent pro Jahr. Der Wolf ist eine Herausforderung für Weidetierhaltung und Artenvielfalt in Deutschland und damit für Deichschutz, Grünlandwirtschaft und Landschaftspflege.

Fördermaßnahmen in der Landwirtschaft unbürokratischer gestalten

Der DJV begrüßt die angestrebte Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) ab 2020. Angesichts des Verlustes von biologischer Vielfalt im agrarisch genutzten Raum sieht es der DJV als dringend notwendig an, die Förderstrukturen gezielter und insbesondere auch unbürokratischer auszurichten. Derzeit werden 50 Prozent der Ackerfläche Deutschlands (6,8 Mio. Hektar) mit nur noch drei Fruchtarten – Mais, Raps und Weizen – bestellt und intensiv bewirtschaftet. Profiteur ist das anpassungsfähige Wildschwein, das dort in der Vegetationsperiode von Anfang Mai bis in den Oktober nur schwerlich bejagt werden kann. Auf dem Rückzug sind hingegen spezialisierte Arten wie Feldhase, Rebhuhn oder Fasan. In diesem Zusammenhang bewertet der DJV die geplante Ackerbaustrategie (inklusive Aktionsprogramm Insektenschutz) positiv. Nach Ansicht der Jäger gehören dazu auch produktionsintegrierte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Jagdschneisen mit Blühstreifen kombinieren

Darüber hinaus sollten alle zur Verfügung stehenden förderrechtlichen Möglichkeiten umgesetzt werden, um eine effektive Bejagung des Schwarzwildes in der Agrarlandschaft zu ermöglichen – etwa die unbürokratische Anlage von Bejagungsschneisen. Dazu gehört auch eine konsequente Umsetzung der Agrarzahlungsverpflichtungen-Verordnung und ein sinnvoller Umbau der Agrarumweltmaßnahmen mit Nutzungsmöglichkeit für den Landwirt nach der Brut- und Setzzeit. In der Praxis könnte dies bedeuten: Der Landwirt legt im Frühjahr mit der Aussaat in allen Kulturen Jagdschneisen aus mehrjährigen Wildpflanzenmischungen an, die zur Biogasgewinnung genutzt werden können. Bis Ende Juni bieten die Blühstreifen Insekten und Bodenbrütern Nahrung und Lebensraum. Danach werden die Wildpflanzen für die Biogasproduktion geerntet, zurück bleiben Stoppelflächen für die effektive Bejagung der Wildschweine.

Der DJV begrüßt den vorgeschlagenen Dialog zwischen Landwirten, Jägern und anderen Naturschützern, um den Schutz der heimischen Flora und Fauna vor nicht heimischen Tier- und Pflanzenarten zu verbessern. Auch der Aufbau eines wissenschaftlichen Monitoringzentrums zur Biodiversität ist längst überfällig. Der DJV sieht hier gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit seinem langjährigen Monitoringprogramm WILD (Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands).

Bundesprogramm Wiedervernetzung umsetzen

Besonders bedauert der DJV das fehlende Bekenntnis der möglichen Koalitionspartner zum Themenkomplex „Biotopverbund/Wiedervernetzung/Grüne Infrastruktur“. Hierzu hatte der DJV im März 2017 eine große Fachtagung in Berlin unter Mitwirkung des Bundesumweltministeriums und des Bundesamtes für Naturschutz ausgerichtet und zusammen mit ADAC und Naturschutzverbänden ein breites Bündnis für die Vernetzung von Lebensräumen geschmiedet. Das ausführliche Forderungspapier sieht konkrete Maßnahmen für die Umsetzung in der Praxis vor. Das bereits bestehende Bundesprogramm Wiedervernetzung ist nach wie vor nicht mit einem konkreten Finanzvolumen hinterlegt. Knapp 100 prioritäre und 30.000 sekundäre Konfliktstellen im Verkehrsnetz warten immer noch auf eine Entschärfung zugunsten der Verkehrssicherheit und des Artenschutzes.

Ob auf der Grundlage des ausgehandelten Koalitionsvertrages eine neue Bundesregierung gebildet wird, steht noch nicht fest: Die Parteigremien müssen noch zustimmen, bei der SPD wird es sogar ein Mitgliedervotum geben. Der Bundestag wählt dann die Bundeskanzlerin. Der Deutsche Jagdverband wird in jedem Fall gegenüber der neuen Bundesregierung die Interessen der Natur, des Wildes und der 384.000 Jägerinnen und Jäger in Deutschland mit Nachdruck vertreten – wissenschaftsbasiert und praxisorientiert.

Herzliche Grüße



Markus Stifter
Pressesprecher